

# Europa Info

Newsletter Ausgabe 3/2013

**EU-Kommunal**  
Kommunale Nachrichten  
aus und für Europa

**„Unser Auftrag: Europa für Kommunen!“**  
Die nordrhein-westfälischen CDU-Europaabgeordneten  
Sabine Verheyen und Dr. Markus Pieper informieren

## Umfrage zur Europawahl: Europas Jugendliche drängen zur Wahlurne

**Die Krise hat Europas Jugend wachgerüttelt: Wenn im kommenden Mai Europawahlen anstehen, sind in den Wahllokalen viele junge Leute zu erwarten.**

Laut einer Ende Mai veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage sagen zwei Drittel der Jugendlichen, dass sie wahrscheinlich wählen gehen.



**Sabine Verheyen MdB**

Büro Aachen  
Monheimsallee 37  
52062 Aachen  
Tel. 0241 - 56 00 69 33  
Fax 0241 - 56 00 68 85  
info@sabine-verheyen.de

Deutschland liegt mit 71 Prozentpunkten sogar über dem EU-Durchschnitt von 64 Prozent. Nur acht Prozent der Jugendlichen in Deutschland würden überhaupt nicht wählen gehen. Das sind drei Prozentpunkte weniger als der EU-Durchschnitt.

Die meisten Jugendlichen gehen laut Umfrageergebnis wählen, weil sie der Meinung sind, dass Europa und die Europawahlen wichtig und Wahlen der richtige Weg sind, um den politischen Entscheidungsprozess zu beeinflussen.

Befragt wurden im April 2013 13.000 Jugendliche im Alter von 15 bis 30 in den 27 EU-Mitgliedstaaten und 500 junge Menschen in Kroatien. Das Ziel war, die Einstellung junger Menschen zur Teilhabe an der Gesellschaft und bei den Europawahlen im Jahr 2014 zu studieren. In einigen Ländern, wie zum Beispiel Österreich, haben Jugendliche schon ab 16 Jahren das Wahlrecht.

© Finetti - Fotolia.com

## Drei- statt Fünf-Prozent-Hürde bei Europawahl

In Deutschland wird es für die Europawahl 2014 eine Drei-Prozent-Klausel geben. Dies sieht ein gemeinsamer Gesetzentwurf zur Änderung des Europawahlgesetzes von den Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen vor (BT-Drs. 17/13705 vom 4.6.2013), der am 13. Juni vom Parlament angenommen wurde.

Das Bundesverfassungsgericht hatte am 9.11. 2011 festgestellt, dass die Fünf-Prozent-Klausel bei der Europawahl mit dem Grundgesetz nicht vereinbar und daher nichtig ist.

Den gemeinsamen Gesetzentwurf zur Änderung des Europawahlgesetzes vom 4.6.2013 finden Sie unter

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/137/1713705.pdf>



**Dr. Markus Pieper MdB**

Büro Münster  
Mauritzstraße 4-6  
48143 Münster  
Tel. 0251 - 41 84 241  
Fax 0251 - 41 84 242  
europabuero@markus-pieper.eu

# Europa Info

Newsletter Ausgabe 3/2013

**EU-Kommunal**  
Kommunale Nachrichten  
aus und für Europa

## Einheimischenmodell

**Die bevorzugte Vergabe von Baugrundstücken an Einwohner bedarf angemessener sozialer Kriterien. Das hat der Europäische Gerichtshof mit Urteil vom 08.05.2013 im Fall einer belgischen Regelung festgestellt.**

Im konkreten Rechtsstreit wurde ein Verfahren bei der Grundstücksvergabe für rechtswidrig erklärt, bei dem der Käufer als Voraussetzung für den Kauf eines Baugrundstückes seine



„ausreichende Bindung“ (Einheimischenmodell) an die Gemeinde nachweisen musste. Dafür gab es drei alternative Kriterien: Entweder wohnt der Erwerber mindestens sechs Jahre lang in der Gemeinde oder er arbeitet durchschnittlich mindestens eine halbe Arbeitswoche in der betreffenden Gemeinde oder es bestehen gesellschaftliche, familiäre, soziale oder wirtschaftliche Bindungen zu dieser Gemeinde. Durch diese Bedingungen, so der EuGH, wird es bestimmten Personen praktisch verboten, Grundstücke zu kaufen und darauf Bauten zu errichten. Diese Beschränkung der (europäischen) Grundfreiheiten bedürfe der Rechtfertigung, was vorliegend nicht der Fall sei.

Das Gericht betonte aber zugleich, dass soziale Kriterien bei der Vergabe von Grundstücken für den Wohnungsbau nach dem EU-Recht in den Kommunen ausdrücklich erlaubt sind, wenn auf diesem Weg der Immobilienbedarf der am wenigsten begüterten einheimischen Bevölkerung (sozial schwache und junge Haushalte sowie alleinstehende Personen) gesichert werden soll, die nicht in der Lage ist, ausreichendes Kapital für den Kauf einer Liegenschaft in der Gemeinde aufzubauen. Da die Vergabekriterien in dem vom EuGH entschiedenen Fall auch von begüterten Personen erfüllt werden könnten, bei denen die sozioökonomischen Aspekte nicht erfüllt sind, wurde die belgische Regelung vom EuGH verworfen.



**Sabine Verheyen MdB**  
Büro Aachen  
Monheimsallee 37  
52062 Aachen  
Tel. 0241 - 56 00 69 33  
Fax 0241 - 56 00 68 85  
info@sabine-verheyen.de



**Dr. Markus Pieper MdB**  
Büro Münster  
Mauritzstraße 4-6  
48143 Münster  
Tel. 0251 - 41 84 241  
Fax 0251 - 41 84 242  
europabuero@markus-pieper.eu

**!** Auch in Deutschland gibt es sog. Einheimischenmodelle, mit denen ortsansässigen Bürgern vergünstigte Konditionen beim Erwerb von Bauland gewährt werden, wenn sie aufgrund ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem regulären Grundstücksmarkt nicht zum Zug kommen und zum Hausbau ihre Heimatgemeinde verlassen müssten. Die Kommission hat deswegen ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen eines in Bayern praktizierten Verfahrens eingeleitet (Vertragsverletzungsverfahren Nr. 2006/4271). Das Verfahren ist bislang noch nicht abgeschlossen. Mit der jüngsten Entscheidung des EuGH vom 08.05.2013 dürfte sich dieses Vertragsverletzungsverfahren der Kommission erledigt haben.

# Europa Info

Newsletter Ausgabe 3/2013

**EU-Kommunal**  
Kommunale Nachrichten  
aus und für Europa

## Markus Pieper: Beitrittsverhandlungen mit der Türkei stoppen

### *Gravierende Verstöße gegen Menschenrechte / keine neuen Verhandlungskapitel*

Angesichts der Entwicklung in der Türkei fordert der CDU-Europaabgeordnete Markus Pieper einen Stopp der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Er appelliert an den Rat, am 26.06. nicht - wie vorgesehen - ein neues Beitrittskapitel „Regionalförderung“ zu eröffnen. Bei diesem Thema gehe es um viele Milliarden Euro.

„Diese Entscheidung wird Premierminister Erdogan als Freibrief für eine Fortsetzung dirigistischer Maßnahmen sehen“, warnt Pieper. Das sei das völlig falsche Signal für ein zunehmend autoritäres Regime. Neue Verhandlungskapitel dürften nur im Einklang mit Fortschritten bei Menschenrechten eröffnet werden.



„Angesichts des Umgangs der Türkei mit regierungskritischen Journalisten und friedlich demonstrierenden Studenten wäre stattdessen der Stopp der Beitrittsverhandlungen die angemessene Konsequenz. Auch aus grundsätzlichen Erwägungen wäre es gut, einen anderen Weg einzuschlagen“, so der Abgeordnete aus dem Münsterland.

## Sabine Verheyen: Cloud Computing: Mehr Vertrauen in die „Wolke“ schaffen

### *Mustervertragsbedingungen einführen / Rechtssicherheit schaffen / Binnenmarktausschuss des Europaparlaments zu Cloud Computing*



Der Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments fordert einheitliche Verbraucherschutzregeln und einen einfachen Anbieterwechsel bei der Nutzung von Cloud Computing. Die von der Kommission vorgelegte Strategie dient dem beschleunigten und verstärkten Einsatz des Cloud Computing in allen Bereichen der europäischen Wirtschaft. Basierend auf Berechnungen der Kommission könnte eine Förderung von Cloud Computing bis 2020 2,5 Millionen neue Arbeitsplätze schaffen und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der EU um 160 Milliarden Euro (das entspricht etwa einem Prozent) steigern.

„Cloud Computing birgt große Chancen und Vorteile für Verbraucher, Unternehmen und Behörden. Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen können von Cloud-Dienstleistungen profitieren, da sie ortsunabhängig auf Cloud-Lösungen zugreifen und somit auch in ländlichen Regionen zur Entstehung von Arbeitsplätzen und Einkommen beitragen können“, sagt die Berichterstatterin des Europaparlaments, Sabine Verheyen. Allerdings bedarf es aus Sicht der Abgeordneten eines einheitlichen europäischen Rechtsrahmens, um den Einsatz des Cloud Computing weiter zu fördern und mehr Vertrauen der Bürger und Unternehmen in Bezug auf Datenschutz, Datensicherheit, Vertragsgestaltung und Verbraucherschutz in Cloud-Dienstleistungen zu schaffen.



**Sabine Verheyen MdB**

Büro Aachen  
Monheimsallee 37  
52062 Aachen  
Tel. 0241 - 56 00 69 33  
Fax 0241 - 56 00 68 85  
info@sabine-verheyen.de



**Dr. Markus Pieper MdB**

Büro Münster  
Mauritzstraße 4-6  
48143 Münster  
Tel. 0251 - 41 84 241  
Fax 0251 - 41 84 242  
europabuero@markus-pieper.eu

# Europa Info

Newsletter Ausgabe 3/2013

**EU-Kommunal**  
Kommunale Nachrichten  
aus und für Europa

„Die unklaren rechtlichen Grundlagen für das Verwenden von Cloud Computing in den Mitgliedstaaten bedingen die Entstehung von sehr komplexen Verträgen, was die Nutzer abschreckt, auf Cloud Computing zurückzugreifen“, erklärt Verheyen. Daher hat sich der Ausschuss für die Einführung von Mustervertragsbedingungen für diese Dienstleistungen ausgesprochen. Zudem soll dafür gesorgt werden, dass Cloud-Anbieter die Nutzer nicht mittels „Log-In“ an ihre Leistungen binden, sondern es ihnen ermöglichen, zwischen verschiedenen Anbietern jederzeit und kostenlos wechseln zu können.

## EU befragt Öffentlichkeit zu den Chancen und Risiken des Frackings

### *Schiefergas-Konsultationsergebnisse liegen vor*

Die Ergebnisse der Befragung der europäischen Öffentlichkeit zum Thema Fracking liegen jetzt vor. Mehr als 22.000 Beiträge zu den Chancen und Risiken einer künftigen Förderung von Schiefergas sind eingegangen. Viele Beiträge verweisen auf das Fehlen eines klaren rechtlichen Rahmens, den Mangel an öffentlicher Akzeptanz und das Bedürfnis an umfassenden Informationen.

Wenn sich dieser Industriezweig in Europa mit der notwendigen Unterstützung der Öffentlichkeit weiterentwickeln soll, dann solle das Thema

auch auf EU-Ebene angegangen werden, wird in vielen Beiträgen betont. Die Kommission hat angekündigt, dass sie voraussichtlich bis Ende 2013 unter Berücksichtigung der Konsultationsergebnisse ihre Vorstellungen darlegen wird, inwiefern ein europäischer Rahmen zur Risikobewertung der Förderung unkonventioneller Brennstoffe notwendig ist, wobei die Auswirkungen auf Umwelt, Klima und Energiesicherheit im Mittelpunkt stehen werden. Die angekündigte Kommissionsvorlage wird auch die umfangreichen Überlegungen, Anregungen und Hinweise des Parlaments in den beiden Entschlüssen vom 21.11.2012 zu berücksichtigen haben.

Die Konsultation richtete sich an interessierte Personen, Organisationen und Behörden und bezog sich nicht nur auf Schiefergas, sondern auch auf Erdgas in dichten Gesteinen (sog. Tight-Gas) oder Methan aus Kohleflözen. Gefragt wurde u.a., wie Gesundheits- und Umwelt Risiken gesenkt und die Transparenz der Verfahren erhöht werden können.



© Truefelpix - Fotolia.com



**Sabine Verheyen MdB**

Büro Aachen  
Monheimsallee 37  
52062 Aachen  
Tel. 0241 - 56 00 69 33  
Fax 0241 - 56 00 68 85  
info@sabine-verheyen.de



**Dr. Markus Pieper MdB**

Büro Münster  
Mauritzstraße 4-6  
48143 Münster  
Tel. 0251 - 41 84 241  
Fax 0251 - 41 84 242  
europabuero@markus-pieper.eu



Die Kommission hat am 07.06.2013 erklärt, dass die Ergebnisse der Konsultation online veröffentlicht und in Kürze auf folgender Webseite eingestellt werden:

[http://ec.europa.eu/environment/consultations/uff\\_en.htm](http://ec.europa.eu/environment/consultations/uff_en.htm)